

Potsdam, 30.10. 2020

Sondersitzung des Brandenburger Landtages

Aussprache über den Beschluss der Regierungschefinnen und -chefs mit der Bundeskanzlerin "Bekämpfung der SARS-CoV2-Pandemie"

Rede des Fraktionsvorsitzenden der Faktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag, **Sebastian Walter**:

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Stand Heute Morgen: das RKI meldet 18.700 Neuinfektionen an einem Tag. Die Pandemie hat unser Land weiter im Griff. Die Infektionszahlen steigen rasant und die allermeisten Regionen in Brandenburg sind mittlerweile Risikogebiete. Zum zweiten Mal stehen wir vor einem Lockdown, der unser gesellschaftliches Leben zum Erliegen bringen wird.

Wir waren und wir sind uns einig, dass wir diese Pandemie gemeinsam bekämpfen müssen. Uns allen war dabei klar, dass wir Mittel und Maßnahmen ergreifen müssen, um Menschen zu schützen. Wir müssen verhindern, dass nach diesem Wellenbrecher, uns kein Tsunami der sozialen Not droht. Nur gemeinsam können wir durch diese Krise kommen und nur gemeinsam können wir Vertrauen und Solidarität schaffen. Vertrauen, dass wir in den letzten Monaten auch verloren haben.

Denn in dieser Zeit geht es doch nicht nur um Gesundheit, sondern um viel mehr.

Ja, diese Krise ist in erster Linie eine Gesundheitskrise: Sie führt uns eines schmerzlich vor Augen. Nämlich: Unser Gesundheitswesen steht auf tönernen Füßen. Massive Unterfinanzierung bei der Pflege, Personalnot, massiver Druck. Sie kennen die Stichworte. Diese Krise zeigt sehr deutlich: Die Profitorientierung im Gesundheitsbereich führt uns in eine bedrohliche Sackgasse. Es darf nicht darum gehen, ob sich ein Krankenhaus, die Pflegekraft, ein Bett oder sogar ein Patient rechnet! Damit muss jetzt endlich mal Schluss sein - die besonders schlaunen Debatten über die Schließung jedes zweiten Krankenhauses muss endlich dahin, wohin sie gehören: In die Mottenkiste irgendwelcher Spekulanten, aber nicht mehr in die öffentliche Diskussion.

Wir brauchen öffentliche Krankenhäuser - die sich nicht an Profiten orientieren, sondern ausschließlich an der Gesundheit der Patientinnen und Patienten. Und die auch den Beschäftigten in der Pflege endlich, endlich gute Löhne zahlt!

Anrede,

die aktuellen Debatten zeigen auch eine zweite Dimension: Wir haben eine Vertrauenskrise, eine Vertrauenskrise in die Demokratie. Und ich mache das mal an dieser Sitzung hier und heute deutlich.

Es ist gut und es ist richtig, dass dieser Landtag heute zusammengekommen ist. Aber meine Güte, was für ein Chaos. Mehr Hauruck ging jetzt mal wirklich nicht, oder? Seit bald vier Wochen haben wir nun ein rasant zunehmendes Infektionsgeschehen.

Seit drei Wochen sind Kanzlerin und Ministerpräsidenten wieder am Verhandeln über neue Einschränkungen. Seit Tagen war klar, dass diese Woche wohl ein neuer Lockdown - in welcher Form auch immer - verabschiedet wird. Aber erst nach Verkündigung des Ganzen - erst danach! - fällt Ihnen auf: Mensch, da könnten wir doch mal im Parlament drüber reden. (Selbst der SPD war das Spiel langsam peinlich. Ja, Herr Stohn, Guten Morgen! Schön, dass Sie auch endlich aufgewacht sind.)

Dafür werden Sie aber keine Danksagung von uns erwarten können. Es ist eine Selbstverständlichkeit.

Wir wundern uns schon länger, warum die demokratisch legitimierten Parlamente keiner mehr bei irgendwas fragt. Wo leben wir denn eigentlich, dass gravierende Einschnitte in Grund- und Freiheitsrechte auf einmal nicht mehr dort besprochen werden, wo die Debatte in einer Demokratie hingehört, nämlich in die Parlamente und nicht in die Videoschleife unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Die Journalisten bei den Pressekonferenzen, die mühen sich ja redlich, Ihnen im Nachgang noch ein paar Worte zur Debatte zu entlocken, aber der Punkt ist doch: Was man Ihnen nicht aus der Nase zieht, das erfährt die Öffentlichkeit dann eben auch nicht.

Wir müssen wirklich aufpassen, welches Bild wir hier abgeben als Politik: Denn eines muss uns doch klar sein: Wenn der Staat in die Grundrechte und eben auch Freiheiten seiner Bürgerinnen und Bürger eingreift, noch dazu so massiv, wie es hier gerade wieder geschieht. Dann hat er eine Bringepflicht. Und der komme ich als Staat nach, indem ich Transparenz herstelle, Öffentlichkeit suche und das Ganze nachvollziehbar begründe. Sie allerdings tun so, als wären die Bevölkerung - und im Übrigen auch wir als Abgeordnete - in einer Holschuld. Und selbst kritische Nachfragen oder den Wunsch nach Debatten empfinden Sie noch als anmaßend oder gar als Angriff / Majestätsbeleidigung. Ich sag ihnen aber eines: Mit Alibiveranstaltungen wie dieser hier wird das nichts mit der demokratischen Legitimation.

Und Herr MP, wenn ein Gericht wie beim Beherbergungsverbot eine Entscheidung über eine Maßnahme trifft, die Sie ja selbst nicht wirklich erklären konnten, dann ist das kein „Falsches Signal“, sondern eine richtige und wichtige Entscheidung in unserem Rechtsstaat. Ob Sie mir, Ihnen oder anderen passt oder nicht.

Und Frau Budke,

wenn Sie jetzt davon reden, dass sie einen Gesetzentwurf erarbeiten wollen, um die Parlamentsbeteiligung zu sichern, dann kann ich Ihnen gern helfen:

vor einem halben Jahr lag diesem Haus genau deshalb ein Gesetzentwurf von uns vor. Stichwort: Infektionsschutzbeteiligung. Vielleicht erinnern Sie sich. In diesem hat meine Fraktion Vorschläge gemacht, wie wir genau solche Debatten führen und dann auch Entscheidungen treffen können. Und zwar gemeinsam. Es war Ihre LR, die uns noch vor einiger Zeit belehrte, dass eine solche Beteiligung gegen das Grundgesetz verstoßen würde. Entwürfe der Corona-Verordnungen erreichten uns deshalb gar nicht oder erst am Tag vor der Beschlussfassung des Kabinetts. Das Parlament verkommt damit zu Abnickern von Regierungsentscheidungen.

Damit muss endlich Schluss sein. Stimmen Sie unserem seit Mai vorliegenden Gesetzentwurf für ein Infektionsschutz-Beteiligungsgesetz in der nächsten Woche im Hauptausschuss endlich zu und machen Sie damit endlich den Weg für eine Beteiligung des Parlamentes frei. Das Votum der Verfassungsrechtler in der Anhörung war damals schon ohne Wenn und Aber pro Gesetzentwurf.

Anrede,

Es ist allerhöchste Zeit. Denn auch Sie haben in den letzten Tagen sicher viele Gespräche geführt. Und es wird Ihnen so gehen wie mir.

Wenn wir diese Krise solidarisch meistern wollen, dann müssen wir die Menschen auch überzeugen, dass die getroffenen Maßnahmen zielführend sind und dass sie nach bestem Wissen und Gewissen entschieden wurden.

Es gibt hier so viel Gesprächs- und Erklärungsbedarf. Da kommen dann nämlich Fragen wie:

Warum ist denn Profisport erlaubt, aber Vereinssport gerade für Kinder und Jugendliche verboten?

Oder: Warum werden diejenigen bestraft, nämlich die Restaurantbetreiber, die monatelang penibelst alles umgesetzt haben, was die Politik von ihnen verlangt hat: Plexiglasscheiben, Mundschutz, kontaktlose Speisekarten und so weiter und so fort? Warum sagen wir genau denen jetzt, dass sie ihre Lokale schließen müssen? Waren alle Kosten und Mühen umsonst?

Das gleiche bei Theatern, Galerien oder Konzerthäusern. Die haben wahnsinnig viel zur Sicherung der Hygiene getan, sie sind nicht als Infektionstreiber bekannt. Warum müssen sie schließen?

Wir können doch nicht alle Menschen, für 4 Wochen von kultureller Teilhabe völlig ausschließen? Wie erklären Sie denn, dass man nicht im Kino oder Theater sitzen darf, aber sich in der Shoppingmall mit vielen anderen Menschen tummeln darf?

Anrede,

Ganz ehrlich: Auf diese Fragen habe ich keine Antworten. Und mir scheint: Sie auch nicht.

Damit Sie mich jetzt hier nicht falsch verstehen: wir halten Maßnahmen für absolut notwendig, wenn es darum geht, potentielle Risikokontakte zu reduzieren. Aber Verunsicherung, Frust und Verzweiflung sind doch vorprogrammiert. Und sie tun so, als ob es die letzten 8 Monate nicht gegeben hätte, nicht die bereits gemachten Erfahrungen

Wenn aber Maßnahmen beschlossen werden, die kein Mensch mehr erklären kann und kaum noch jemand versteht, dann haben wir wieder das bekannte und von Ihnen selbst benannte Problem von Sender und Empfänger und dem großen Rauschen. Denn wenn wir den Menschen nicht erklären können, warum der Staat jetzt das eine oder das andere verbietet, dann werden wir zwangsläufig die Akzeptanz all dieser Menschen verlieren. Und diese Fragen sind da. Sie relativieren dabei nichts - aber sie müssen gestellt werden dürfen und darüber müssen wir diskutieren.

Anrede,

Sie fangen wieder an, allen jetzt zu versprechen, dass Ihnen geholfen wird. Auf jeden Fall, ohne Ausnahme und sofort. Richtig so. Wer Freizeit und Kultur dichtet, muss auch für Ausgleich und Hilfen sorgen. So wie Sie es auch schon im Frühjahr versprochen haben.

Fällt Ihnen was auf, meine Damen und Herren? Da kommen wir nämlich an einen weiteren Punkt.

Wenn Sie von Verständnis und Vertrauen reden, dann frage ich Sie ehrlich, woher sollen denn die Menschen dieses Vertrauen nehmen?

Sollen die Soloselbstständigen, die Künstler oder Eventtechniker vertrauen, denen Sie versprochen haben zu helfen und dann allesamt im Regen stehen lassen haben? Während man den Großkonzernen ohne mit der Wimper zu zucken Milliarden in den Vorgarten geschmissen hat? Und sich die Chefs jetzt mal noch Millionen-Boni auf Steuerzahlerkosten finanzieren.

Sollen Ihnen die Menschen in systemrelevanten Berufen vertrauen, die bis heute auf den Startschuss für einen höheren Vergabemindestlohn warten?

Sollen Ihnen die Pflegekräfte vertrauen, denen Sie mit viel Balkonapplaus gedankt haben und Sie am Ende nicht mal dazu bereit waren denen eine Prämie zu zahlen?

Woher sollen die Restaurantbetreiber das Vertrauen nehmen, dass in 4 Wochen alle wieder öffnen können? Sie wissen sehr gut allein, dass das so nicht funktionieren kann und nicht funktionieren wird. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, dass wir nach dem Prinzip Hoffnung verfahren.

Anrede,

Wir wussten doch, dass es im Winter schwierig wird. Wir wussten doch, dass wir es im Herbst/Winter diesen Jahres auch in Deutschland mit einer zweiten Welle zu tun bekommen werden. Und ich frage Sie: Was hat diese Regierung getan, um sich darauf vorzubereiten? Welche Maßnahmen wurden konkret ergriffen, um einen

zweiten Lockdown abzuwenden? Und wenn er unvermeidlich wird, wie wir ihn als Gesellschaft ohne größere Schäden bestehen können? Damit kein zweites Mal die Lebensgrundlage unzähliger Menschen in diesem Land auf der Kippe steht. Und für nicht wenige ist es dann endgültig. Und dann muss ich feststellen: Zu wenig.

Obwohl der Bund schon vor Monaten umfangreiche finanzielle Mittel für digitale Endgeräte in den Schulen zur Verfügung gestellt hat, sind sie bei der Mehrheit der Bedürftigen bis heute nicht angekommen. Schulungen für Lehrkräfte, digitale Lehrinhalte, Lehrkonzepte - Fehlanzeige!

Wo sind die Luftfilter in den öffentlichen Einrichtungen, die kostenlosen Masken, die Plexiglaswände, die CO2-Ampeln? Wo sind die Sonder-Lehrpläne für den Fall neuer Schul-Schließungen?

Der Masterplan für die Schulen nach 8 Monaten? Lüften! Wir erzählen den Schulen ernsthaft, sie sollen im Winter einfach öfter mal die Fenster offenlassen und die Schüler mit Mützen, Schals und Decken dasitzen. Was glauben Sie eigentlich, wie lange diese Schüler gesund bleiben und nicht durch andere Erkältungskrankheiten ausfallen?

Wieso kam noch immer knapp 1,5 Milliarden an Hilfen auch für die Wirtschaft nicht an? Zwei Milliarden haben wir als Parlament bewilligt, über die Hälfte davon ist noch immer ungenutzt, obwohl sie die Menschen so dringend bräuchten. Redmann gebunkert - Ihr Geld? Nein, Sie haben es den Menschen versprochen. Glauben Sie das Geld ist im Tresor der Landesbank besser aufgehoben? Und andere Bundesländer machen es nun doch vor, dass es anders geht.

Wir haben zu all diesen Punkten Vorschläge erarbeitet. Vorschläge, die Sie oft nicht einmal diskutieren wollten.

Bei all dem drängt sich mir zunehmend der Eindruck auf, dass diese Landesregierung über Monate nach dem Prinzip Hoffnung agiert hat. Dass uns diese zweite Welle doch schon irgendwie verschonen wird oder nicht so schlimm wird, dass wir irgendwie besser durchkommen werden als andere. Irgendwie.

Diese Hoffnung wurde nicht erfüllt. Jetzt holt uns die Realität ein.

Wir alle haben jetzt nur noch vier Wochen Zeit, die Versäumnisse der letzten sechs Monate aufzuholen und uns gemeinsam Gedanken darüber zu machen, wie wir nach diesem Lockdown weitermachen. Diese Pandemie wird auch zu Weihnachten nicht vorbei sein, sie wird auch nächstes Jahr nicht vorbei sein, sie wird uns lange begleiten, sie gehört zu unserer neuen Realität. Und wir müssen lernen, damit umzugehen. Wir brauchen einen Plan B.

Es ist zu befürchten, dass in der Hektik der Ereignisse wieder eine Reihe von Fehlern gemacht werden, die wir hätten vermeiden können. Ich sage Ihnen es noch einmal sehr deutlich, was ich Ihnen im April schon gesagt habe:

Vertrauen schafft man nicht durch reden allein, sondern indem man zu seinem Wort steht, Herr MP und indem man handelt. Und da haben Sie wirklich noch Luft nach oben. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns bewusstmachen, dass diese Krise nicht alle gleich trifft:

Es trifft vor allem auch diejenigen, denen es schon vorher schlecht ging und oft nicht wussten, wie sie mit ihrem Geld über die Runden kommen sollen. Wir können locker im Homeoffice sitzen und bekommen 100% unseres Gehaltes pünktlich überwiesen. Jeden Monat ohne Probleme, können wir uns zurückziehen in unser Haus oder unsere Wohnung.

Aber es gibt Menschen, die jeden Tag raus müssen, egal was MPs beschließen, um ihre 2 oder 3 Zimmer-Wohnung zu bezahlen. Auch das dürfen Sie nicht schon wieder aus den Augen verlieren.

Was jetzt zu tun ist:

Um Vertrauen zurückzuerlangen, brauchen die Menschen Sicherheit. Soziale Sicherheit!

Und hier können und müssen wir als Land etwas tun! Sie müssen raus aus Ihrer Bequemlichkeit. Lassen Sie uns gemeinsam konkret helfen.

- Sie versprechen den Menschen nun, dass ihnen unbürokratisch geholfen werden soll, dass sie 70 oder 75 % ihrer Vorjahreseinkommen erstattet bekommen.
- Was machen Sie eigentlich mit denjenigen, die letztes Jahr um diese Zeit noch gar nicht geöffnet hatten? Welche Regelungen haben Sie da?
- Was ist eigentlich mit den fehlenden 25%? Hier ist es Zeit für eine Ansage - Lassen Sie uns nach Wegen suchen - 80, 90, 95%. Und einen Härtefallfonds einrichten, für diejenigen die durchs Netz fallen. So schaffen wir Vertrauen.
- Und ich bin ja froh, dass sie jetzt doch erkannt haben, dass die Kleinstbetriebe und Soloselbstständigen ein Problem haben im Land. Wir haben 6 mal. 6 mal haben wir hier einen Antrag eingereicht und sie haben uns immer wieder erklärt, dass das unnötig ist. Jetzt haben Sie endlich, endlich ein Einsehen - Also jetzt handeln, jetzt das Unternehmergrundeinkommen über 1180 Euro einführen. Bayern und Thüringen haben es getan. Zusätzlich. So schafft man Vertrauen.
- Und wissen Sie, gerade in den Bereichen, die wir gerade schließen, gibt es besonders viele prekäre Jobs. 450 €-Jobs, prekäre Teilzeit... Die fallen wieder völlig aus der Kurzarbeit raus. Die müssen in Hartz IV. Das Kurzarbeitergeld muss auf 90% erhöht werden und ausgeweitet werden auf alle Jobs! So schaffen wir Vertrauen!
- Und lassen Sie uns die Einrichtungen unterstützen, die Menschen in Not helfen. Denn die werden nicht weniger. Tafeln, Beratungsnetzwerke und das Ehrenamt müssen gestärkt werden und nicht wie Sie es planen, Mittel

gekürzt werden. Wir brauchen einen Sozialfond für diese Bereiche. So schaffen wir Vertrauen.

- Lassen Sie uns endlich die Teststrategien ausweiten für die Beschäftigten in Krankenhäusern, in den Kitas und Schulen! Dort halten viele Menschen auch in den nächsten 4 Wochen den Laden am Laufen und sie brauchen doch wenigstens ein Mindestmaß an Sicherheit und Schutz. So schaffen wir Vertrauen.
- Lassen Sie uns einen Beirat einrichten mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik, der die Maßnahmen regelmäßig überprüft und miteinander plant, wie weitere Maßnahmen in vier Wochen aussehen können. So schaffen wir Vertrauen.
- Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Menschen keine Angst haben, wenn Sie sich fragen: Wer zahlt für diese Krise? Wir müssen klar sagen, Wir lernen aus dieser Krise. Wir kommen nur solidarisch aus der Krise und deshalb wird es keine blinde Rotstift-Politik geben, sondern mehr Investitionen in Soziales, Gesundheit und Bildung. Ein Sozialstaatsversprechen! Und dafür werden wir nicht diejenigen zur Kasse bitten, die gerade in Kurzarbeit sind oder gar in Hartz IV, sondern diejenigen, die auch in dieser Krise reicher geworden sind. Deshalb werden wir endlich ein gerechtes Steuersystem einführen, dass die Lasten gerecht verteilt und die Reichen zur Kasse bittet. Bei den Fragen der Vermögensabgabe halten wir uns einfach ans Grundgesetz. So leisten alle ihren gerechten Beitrag und so schaffen wir Vertrauen.

Es liegt jetzt an uns, das Vertrauen der Menschen wieder zurückzuerlangen. Und das wird nach den Erfahrungen der letzten Monate nicht leicht werden, aber es ist möglich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich stehe hier vor Ihnen als ein scharfer Kritiker Ihrer derzeitigen Politik. Aber genau so stehe ich heute vor Ihnen als derjenige, der Ihnen, den Regierungsfractionen und der Landesregierung die Hand reichen will mit der klaren Aussage: Parlamentarisch und solidarisch werden wir diese Krise für Brandenburg bewältigen. Gemeinsam als Landesregierung und als Parlament! Nicht am Parlament vorbei, nicht mit Scheindebatten, sondern mit ehrlichen und die Menschen überzeugenden Debatten. Damit bewältigen wir die Krise und schützen unsere Demokratie, gerade vor denjenigen, die diese Krise benutzen wollen, um unserer Demokratie zu schaden. Meine Hand und die Hand der Linksfraktion bleibt ausgestreckt. Es liegt an Ihnen.